

WAS DER POLITISCHE HERBST BRINGT – UND WAS NOCH FEHLT



To-Do-Liste für
den Standort
Österreich



Seite 7



EU-MERCOSUR

Eine Partnerschaft als Motor
für Wachstum

Seite 2



WIEN

WWTF-Geschäftsführer: „Spitzenqualität
steht im Vordergrund“

Seite 10

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

SECURITY & DEFENCE INDUSTRY

Investitionen stärken Europas
Industrie

Seite 4

EU-Mercosur: Motor für Wachstum

Das Mercosur-Abkommen ist nach zähen Verhandlungen endlich auf der Zielgeraden. Was es bringt – und wie es nun weitergeht.

Nach mehr als 25 Jahren zäher Verhandlungen steht das EU-Mercosur-Abkommen nun kurz vor dem Ziel. Mit der Freigabe des Vertragstexts durch die EU-Kommission ist ein weiterer entscheidender Schritt getan. Jetzt gilt es, den EU-Ratifikationsprozess rasch positiv abzuschließen und das Abkommen umzusetzen.

Gerade angesichts der derzeitigen Wirtschaftsflaute in Österreich sind Handelsabkommen ein wichtiger Konjunkturimpuls für die heimische Wirtschaft. Bereits heute sichern EU-Exporte nach Mercosur 32.000 Arbeitsplätze in Österreich. Zudem braucht es gerade jetzt (auch aufgrund der anhaltend erratischen US-Handelspolitik und des steigenden Protektionismus) regelbasierten Handel mit verlässlichen Partnern weltweit.

Was bringt das Mercosur-Abkommen?

Zum einen werden 91 Prozent der Zölle für EU-Exporte nach Mercosur (die etwa für Autos aktuell bei 35 Prozent oder für Maschinen bei bis zu 20 Prozent liegen) schrittweise abgebaut. Laut EU-Kommission könnte die vollständige Umsetzung eine Zollersparnis für europäische Exporteure in der Höhe von vier Milliarden Euro jährlich bewirken. Darüber hinaus wird durch das Abkommen der Zugang zum öffentlichen

Beschaffungsmarkt in den Mercosur-Staaten für europäische Exporteure verbessert und der Zugang zu für die grüne Transformation wesentlichen Rohstoffen erleichtert; auch technische Verfahren und regulatorische Hürden werden vereinfacht.

Außerdem bleiben die europäischen und österreichischen Standards im Sozial-, Umwelt- und Lebensmittelbereich unberührt und vollständig erhalten. Beide Parteien verpflichten sich auch zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens.

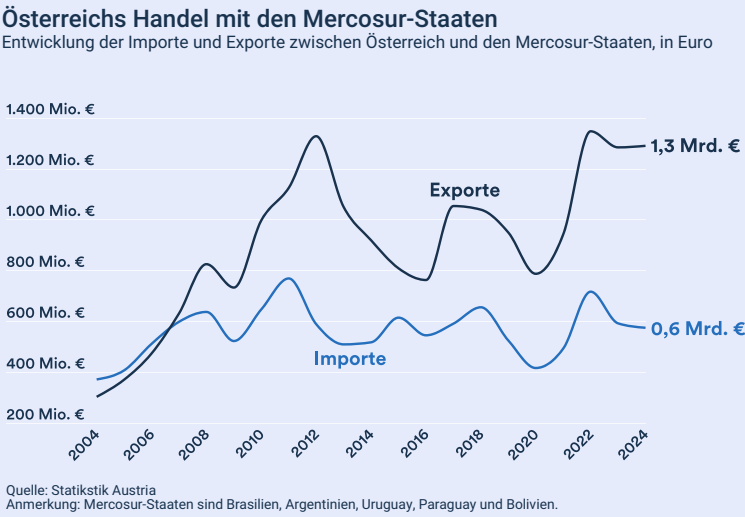
Wie geht es weiter?

Es liegt nun an den EU-Mitgliedsstaaten sowie in weiterer Folge am EU-Parlament, grünes Licht zu geben, sodass das Handelsabkommen in Kraft treten kann. Damit schlussendlich das gesamte Abkommen in vollem Umfang Gültigkeit erlangen kann, benötigt der zweite Teil des Abkommens, welcher mehrere Bereiche der politischen Zusammenarbeit umfasst, zusätzlich eine Annahme der nationalen Parlamente aller EU-Mitgliedsstaaten.



WEBTIPP

Alle Infos finden Sie unter:
www.iv.at



EU-USA-Deal: Das gilt für Exporteure

Weiterhin prägen große Unsicherheiten die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen. Ein Überblick, was nun für die einzelnen Sektoren vereinbart wurde.

Die EU-Kommission hat mit der US-Regierung eine politische Einigung im Handelskonflikt erzielt und nun in einer gemeinsamen Erklärung verschriftlicht. Das Ziel, durch diese EU-US-Vereinbarung eine weitere Eskalation zu verhindern, ist grundsätzlich positiv.

Jedoch ist diese Vereinbarung rechtlich nicht bindend und viele zentrale Fragen in Bezug auf die Umsetzung sind weiterhin unbeantwortet. Auch nach der erfolgten Einigung bleiben die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen von großen Unsicherheiten geprägt.

Was gilt nun aktuell für europäische Exporteure?

Grundsätzlich wird für einen Großteil der europäischen Waren ein US-Einfuhrzoll von insgesamt 15 Prozent eingehoben. Sollten geltende WTO-Zollsätze der USA (das heißt: ohne die zwischenzeitlich verhängten und bisher gültigen Zusatzzölle von zehn Prozent) für gewisse EU-Waren diese 15 Prozent übersteigen, dann gilt der jeweils höhere Zoll. Jedenfalls sind diese Zölle weiterhin äußerst kritisch.

FAHRZEUGE UND FAHRZEUGTEILE



Der aktuell bestehende Zollsatz von 27,5 Prozent (2,5 Prozent + 25 Prozent Zusatzzoll) soll durch den neuen Zoll von insgesamt 15 Prozent ersetzt werden. Allerdings ist dies an die Einhaltung der EU-Zusage hinsichtlich des Zollabbaus auf industrielle Güter aus den USA gebunden. Ein entsprechender Verordnungsvorschlag seitens der EU-Kommission liegt vor. Es gilt nun abzuwarten, ob die USA die Zusage ihrerseits einhalten.

STAHL UND ALUMINIUM



Dieser Bereich ist nicht in der Vereinbarung enthalten. Das bedeutet, dass der aktuelle US-Zollsatz von 50 Prozent, welcher auch Waren mit einem Stahl- und Aluminiumanteil umfasst, weiterhin gültig ist. Hier braucht es dringend eine nachhaltige Lösung.

PHARMAZEUTIKA, HALBLEITER, HOLZ



Nach Abschluss der laufenden „Section 232“-Untersuchungen in diesen Sektoren sowie der Einführung weiterer US-Zölle darf der Zollsatz für EU-Waren in jenen Bereichen 15 Prozent nicht übersteigen.

AUSNAHMEN



Bestimmte Warengruppen, darunter Flugzeuge und Flugzeugteile, gewisse Chemikalien sowie bestimmte Rohstoffe sollen gänzlich von US-Zusatzzöllen ausgenommen sein. Das bedeutet, dass zukünftig in diesen Bereichen lediglich der WTO-Zollsatz greift.

EU-Zusagen und weitere Details

Ebenfalls enthalten sind Investitionszusagen von der EU in Höhe von 600 Mrd. Dollar sowie mehr Beschaffung von u. a. US-LNG und -Öl in Höhe von 750 Mrd. Dollar bis Ende 2028. Außerdem hat die

EU den Kauf von US-KI-Chips im Wert von 40 Mrd. Dollar zugesagt. Darüber hinaus einigten sich beide Seiten auf den Abbau nicht tarifärer Handelshemmnisse sowie Kooperationen unter anderem im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit.

Europa muss seine Hausaufgaben machen

Neben zentralen offenen Fragen hinsichtlich der Umsetzung wird auch der konkrete Ausgang des laufenden Gerichtsverfahrens über die Kompetenz des US-Präsidenten, in dieser Art und Weise Zollpolitik zu betreiben, den weiteren Weg der EU-US-Vereinbarung beeinflussen. Außerdem werden auch weitere Vereinbarungen der USA mit anderen Partnern eine Rolle spielen.

Die aktuelle Lage zeigt deutlich: Europa muss seine Hausaufgaben machen und Abhängigkeiten minimieren. Dies betrifft die Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit und eine Vertiefung des Binnenmarkts sowie die Diversifizierung der europäischen Handelspartner. Allen voran bedeutet das die Umsetzung des vorliegenden Mercosur-Abkommens.

Wir brauchen ein deutliches Startsignal für die Erholung!

Es ist gut, dass die Regierung die Wirtschaft nun ernsthaft in den Mittelpunkt rückt, bevor der Frust über die Standortbedingungen noch drastischere Folgen hat. Das Startsignal für den Aufschwung muss aber noch mutiger und deutlicher ausfallen.



Man kann der Bundesregierung nicht mehr vorwerfen, dass sie kein Problembewusstsein hätte: Die konjunkturelle Lage und die schwierige Situation der Industrie bestimmen Klausuren, Ministerräte und Medienauftritte. Allein die Antworten, die die politischen Akteure auf die mittlerweile gravierenden Probleme haben, sind noch zu leise und zu mutlos – hier muss deutlich mehr gehen. Wer meint, dass die Situation noch nicht schlimm genug ist, um zum Handeln zu zwingen, irrt.

Der „Aufschwung“, den manche am Horizont erkennen wollen, ist eine hauchdünne Verbesserung der Wirtschaftsleistung vom zweiten zum dritten Quartal – im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ist die Wirtschaft erneut etwas geschrumpft. Wir gehören

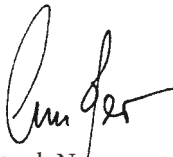
nach wie vor zu den wenigen Low-Performern in Europa. Gleichzeitig zeigt eine aktuelle Horváth-Studie, dass bereits die Hälfte der Investitionen großer heimischer Industrieunternehmen ins Ausland fließt. Der Frust über die Standortbedingungen in Österreich ist groß, heißt es in der Studie – wer in diesem Land unterwegs ist, kann dies nur unterstreichen!

Es ist gut, dass die Regierung erste dringend benötigte Maßnahmen setzt. Die Strompreiskompensation (SAG) – übrigens keine (!) Förderung – war überfällig und hilft der energieintensiven Industrie, zumindest die größten Wettbewerbsnachteile aufgrund hoher Energiekosten im Vergleich zu Mitbewerbern aus anderen europäischen Ländern auszugleichen. Der Standortfonds wird junge Innovationstreiber in ihrer Wachstumsphase

unterstützen. Und auch die Verdoppelung des Investitionsfreibetrags ist ein guter Schritt, doch mit einem Deckel von einer Million Euro zeigt sich: Die Schritte müssten viel größer sein. Die Investitionserfordernisse der Industrie hätten weitreichendere Maßnahmen gebraucht.

Dass die Koalition die Wirtschaft nun ernsthaft in den Mittelpunkt rückt, ist richtig. Jede Maßnahme, die eher Symbolcharakter hat, jede Strategie, die geschmiedet, aber dann nicht ambitioniert umgesetzt wird, und jeder Gipfel ohne greifbare Ergebnisse werden die Unsicherheiten jedoch eher schüren, als sie zu lösen. Solange die fehlenden strukturellen (!) Reformen in den Bereichen Pensionen, Gesundheit, Sozialsystem und Bildung das Budgetloch immer größer werden lassen, fließen Milliarden dorthin, wo sie keine Wirksamkeit

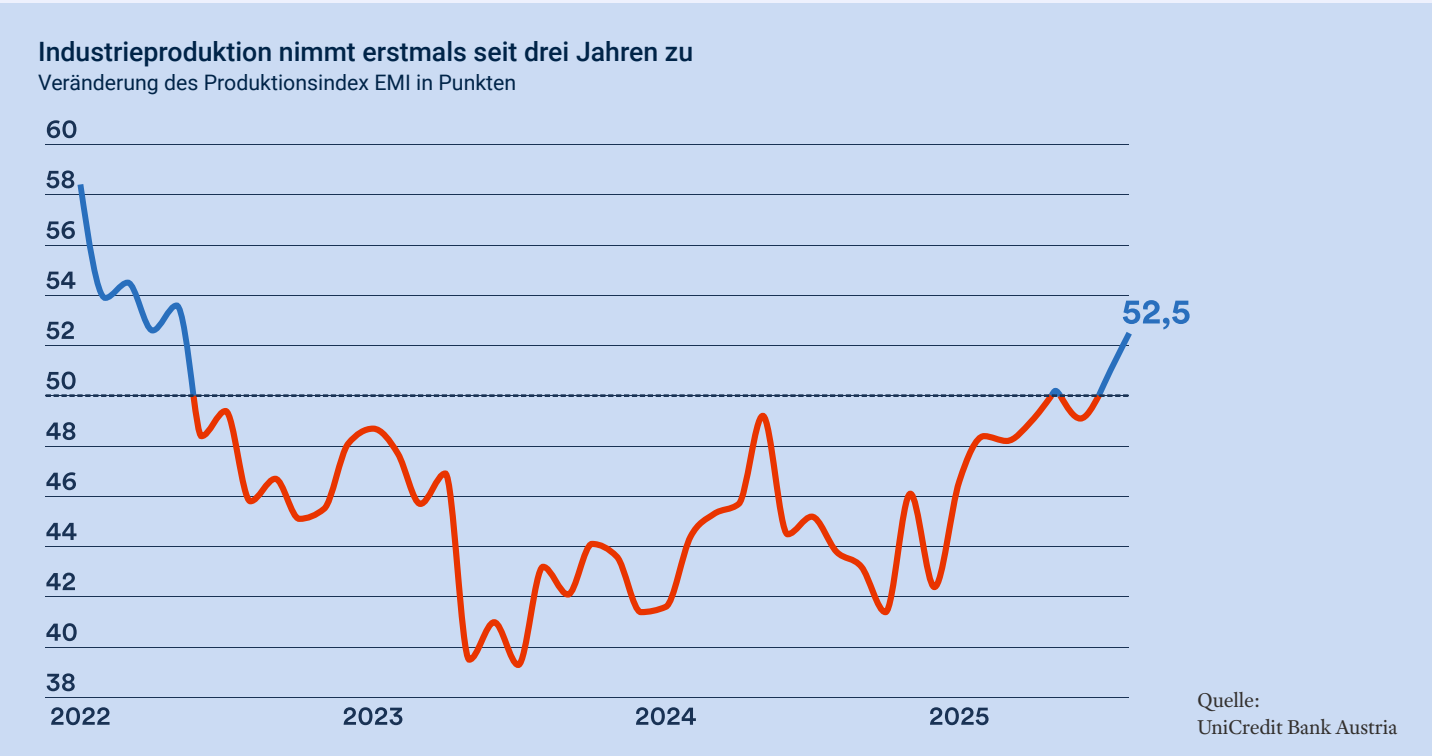
über den Status quo hinaus haben. Das Geld fehlt dann an anderer Stelle, um Unternehmen zu entlasten, Investitionen anzuschieben, in die Zukunft zu investieren und uns damit endlich nachhaltig aus der fatalen Wirtschaftsflaute zu befreien. Wir haben in diesem Land ein Strukturproblem, das den möglichen konjunkturellen Aufschwung verhindert bzw. massiv dämpft. Die ersten Schritte im Sofortpaket der Regierung haben ein wenig Glaubwürdigkeit zurückgebracht – jetzt warten die Unternehmen auf ein wirkliches Startsignal, das Vertrauen in den Standort zurückbringen kann.

Ihr 
Christoph Neumayer
(IV-Generalsekretär)

Grafik des Monats

Im August 2025 stieg der Bank-Austria-Produktionsindex auf 52,5 Punkte und signalisierte damit erstmals seit knapp drei Jahren eine deutliche Ausweitung der Produktionsleistung in der österreichischen Industrie. Auch die Produktionserwartungen für die kommenden zwölf Monate waren mit 57,1 Punkten klar

positiv. Die weiterhin rückläufige Auftragsentwicklung deutet aber auf eine gedämpfte Wachstumsdynamik hin. Der starke Abbau von Vormateriallagern sowie das anhaltend hohe Tempo beim Personalabbau zeigen, dass die Unsicherheit aufgrund von US-Zöllen und geopolitischen Risiken nach wie vor groß ist.



Zahl des Monats

175.609
US-Dollar

investierte Österreich 2021 kaufkraftbereinigt in die Bildung jedes Schülers im Alter von sechs bis 15 Jahren. Innerhalb der OECD verzeichnete nur Norwegen mit 180.367 US-Dollar höhere Ausgaben. Trotz dieser hohen Kosten bleiben die Bildungsergebnisse in Österreich vergleichsweise durchschnittlich – beim PISA-Test 2022 erreichte Österreich im Bereich Mathematik lediglich den elften Platz unter den 38 OECD-Ländern.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister-Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen; industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek.

Grafik: Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Adobe Stock, IV, BG BRG BORG Oberpullendorf, IV Kärnten, IV Niederösterreich, Max Mayrhofer, IV Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark, IV Tirol, IV, I. Schieder, Studio Fasching, ORF, Lukas Beck

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



Kommission zur Weiterentwicklung des Wehrdiensts gestartet

Verteidigungsministerin Klaudia Tanner hat eine Wehrdienstkommission eingesetzt. Ziel ist, die volle Einsatzbereitschaft des Bundesheers für alle Aufgaben rasch wiederherzustellen.

Unter dem Vorsitz von Milizbeauftragtem Generalmajor Erwin Hameseder und Walter Feichtinger beraten in der neu eingesetzten Wehrdienstkommission 23 Experten über die Weiterentwicklung von Wehr- und Zivildienst sowie die Stärkung der Miliz. Den offiziellen Startschuss gab Verteidigungsministerin Klaudia Tanner, die Kommissionsmitglieder wurden per Dekret ernannt. Die konstituierende Sitzung der Kommission fand Anfang Juni statt, inzwischen hat sie mehrmals getagt.

Die Ziele sind, die volle Einsatzbereitschaft des Bundesheers für alle Aufgaben rasch wiederherzustellen und eine verstärkte Übungstätigkeit zu gewährleisten. Hierfür soll die Kommission bis Ende dieses Jahres drei Modelle ausarbeiten und Bundesminister Tanner vorlegen.

Neben zahlreichen Vertretern des Verteidigungsressorts und weiterer

Ministerien sind auch die Wirtschaftskammer, die Industriellenvereinigung, Gewerkschaft, Arbeiterkammer, Landwirtschaftskammer, das AMS, Zivildienstorganisationen, die Bundesschuljugend und die Bundesjugendvertretung in der Kommission vertreten. Für die IV ist Vize-Generalsekretär Peter Koren Teil der Kommission.

Die IV hat sich bisher klar eingebracht und darauf hingewiesen, dass Wehr- und Sicherheitspolitik immer auch eine wirtschaftspolitische Dimension haben. Sicherheit und Industrie sind eng miteinander verknüpft. Erste Ergebnisse der Sitzungen sind bereits für Oktober geplant.

Die IV erkennt die sicherheitspolitische Bedeutung eines funktionierenden Wehrsystems ausdrücklich an – insbesondere in Zeiten wachsender globaler Instabilität. Gerade in einer Phase geopolitischer Unsicherheiten hat Sicherheit für die Industrie höchste Priorität; die IV bekennt sich klar



Klaudia Tanner überreicht Peter Koren das Dekret zur Ernennung zum Kommissionsmitglied.

zur gesamtstaatlichen Verantwortung im Bereich der Sicherheitsvorsorge und unterstützt den Ausbau einer gut aufgestellten, einsatzfähigen Miliz als zentrale Säule der umfassenden Landesverteidigung und des Katastrophenschutzes.

Gleichzeitig müssen geplante Veränderungen – etwa eine Verlängerung des Präsenzdiensts oder verpflichtende Milizübungen – mit den Anforderungen der Arbeitswelt in Einklang gebracht werden. Betriebe stehen unter massivem Druck, etwa durch Arbeitskräftemangel und steigende Kosten – daher sind planbare, flexible Modelle für Milizübungen, die den Unternehmen und den Beschäftigten Handlungsspielraum lassen, das Ziel. Sicherheit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sind keine Gegensätze – sie müssen gemeinsam gedacht werden. Es geht um Lösungen, die sowohl die sicherheitspolitischen Erfordernisse als auch die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Österreich berücksichtigen.

Verteidigungsinvestitionen stärken Europas Industrie

Die IV-Taskforce „Security & Defence Industry“ bündelt Expertise und zeigt, wie sicherheitspolitische Notwendigkeiten auch wirtschaftliche Chancen schaffen.

Die Industriellenvereinigung hat unter dem Vorsitz von Erwin Hameseder und Wolfgang Hesoun mit der IV-Taskforce „Security & Defence Industry“ ein zentrales Forum initiiert, um gemeinsam mit führenden Unternehmen und Experten Strategien, politische und rechtliche Rahmenbedingungen sowie konkrete Maßnahmen zur Stärkung der sicherheits- und verteidigungsrelevanten Industrien in Österreich zu entwickeln. Ein zweites Treffen dieses Industrie-Thinktanks fand Anfang September unter großer Industriebeteiligung im Haus der Industrie statt.

Weniger Bürokratie, mehr Investitionen

Virtuell zu Gast war Generaldirektor Timo Pesonen von der Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum der Europäischen Kommission. Er betonte die Handlungsnotwendigkeit in Brüssel bei der Unterstützung der Mitgliedsstaaten und der Industrie bei der Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit und beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur. Verteidigungsinvestitionen seien nicht nur eine sicherheitspolitische Notwendigkeit, sondern stärkten langfristig auch die wirtschaftliche Resilienz, die Wettbewerbsfähigkeit und die industrielle Basis Europas. Mit dem Verteidigungs-Omnibus-Paket ziele die EU-Kommission darauf ab, Bürokratie abzubauen, Verfahren zu beschleunigen und



Beim zweiten Treffen der Taskforce war Verteidigungsexperte Timo Pesonen von der EU-Kommission virtuell zu Gast.

gezielte Anreize für private und öffentliche Investitionen zu schaffen, wobei die EU als Partnerin der Unternehmen auf diesem Investitionsweg agiere.

Weitere hochrangige Gäste waren u.a. Patrick Lobis, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Generalsekretär Severin Gruber, BMWET, und Rüstungsdirektor Harald

Vodosek, BMLV. Themen waren unter anderem die wichtige Rolle von industriellen Kooperationen für die technologische Entwicklung und Innovation, ihre sicherheitspolitischen und strategischen Aspekte sowie ihre große wirtschaftliche Bedeutung.

Aufbauend auf den umfassenden Mitgliederrückmeldungen wurden als



Kernthema des Zusammentreffens erste politische und rechtliche Aktionspunkte präsentiert und im Forum diskutiert. Die Ergebnisse werden im Oktober dem IV-Bundesvorstand vorgestellt und in der Folge bei den entsprechenden politischen Entscheidungsträgern vertreten.

In den letzten Monaten ist es der IV bereits gelungen, die Themen der Taskforce verstärkt in die öffentliche Diskussion zu tragen. Durch zahlreiche Medienbeiträge konnte nicht nur die Sichtbarkeit der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie deutlich erhöht werden, sondern auch die Relevanz der Industrie Anliegen hervorgehoben werden – von der Rolle der Branche für Österreichs Wettbewerbsfähigkeit bis hin zur Bedeutung einer starken industriellen Basis für die nationale Sicherheit. Damit wurde den Anliegen zusätzlicher politischer und wirtschaftlicher Nachdruck verliehen.

Wichtige Schritte für Schlüsseltechnologien aus Europa

Die EU-Kommission hat Vorschläge für den Europäischen Competitiveness-Fonds und das nächste EU-Forschungsrahmenprogramm vorgelegt. Bei den Verhandlungen muss sich Österreich aktiv einbringen.

Im Juli hat die Europäische Kommission den Vorschlag für den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) zum nächsten EU-Budget (2028–2034) vorgelegt, der auch den Vorschlag für den neuen EU-Wettbewerbsfonds (ECF) und das neue EU-Forschungsrahmenprogramm (Horizon Europe) enthält. Der ECF soll entlang der gesamten Investitionskette Schwerpunkte für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit setzen, die jetzt in 14 Programmen adressiert werden (darunter auch Horizon Europe), und hat ein vorgeschlagenes Budget von rund 450,5 Mrd. Euro.

Es ist ein klarer Erfolg, dass das nächste Horizon Europe ein Stand-alone-Programm mit deutlich erhöhtem Budget (175 Mrd. Euro, +83 Prozent) werden soll, das zudem auch zweckgebunden ist. Die IV hat sich dafür zusammen mit

Mitstreitern intensiv auf EU- sowie nationaler Ebene eingesetzt und wird weiterhin eine starke Ausstattung mit mindestens 200 Mrd. Euro einfordern.

Das neue Horizon Europe soll weiterhin aus vier Säulen bestehen; die zweite Säule enthält einen „Competitiveness“-Teil, der auch mit dem Competitiveness-Fonds verbunden ist, und hat ein vorgeschlagenes Budget von rund 76 Mrd. Euro. Die zweite Säule ist zwar absolut gesehen gewachsen, allerdings anteilig geringer als das Gesamtbudget, obwohl gerade mit dem Competitiveness-Teil der zweiten Säule das wichtige EU-Ziel der Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit adressiert wird.

Österreich ist im EU-Forschungsrahmenprogramm Nettoempfänger und sehr erfolgreich – insgesamt hat Österreich bisher im derzeitigen Programm, das noch mehr

als zwei Jahre weiterläuft, 1,44 Mrd. Euro zurückgeholt. Hohe Rückflüsse zeigen sich insbesondere in der zweiten Säule, in der grenzüberschreitende, interdisziplinäre F&E-Kooperationen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ermöglicht werden. Das neue Horizon Europe muss weiterhin besonderen Fokus auf kollaborative Projekte und Partnerschaften legen, die zentraler Motor und Träger für Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit in Europa sind, wie eine Studie des Industriewissenschaftlichen Instituts auf Basis von 32 Leitbetrieben mit EU-F&E-Aktivitäten in Österreich zeigt. So erwarten befragte Unternehmen einen sehr hohen Nutzen des nächsten Horizon Europe für ihre Wettbewerbsfähigkeit – zudem rangiert das Programm auf Platz drei unter den Standortfaktoren. Top-Motive für die Teilnahme an kooperativen EU-F&E-Projekten sind Risiko- und Kostensenkung,

Beschleunigung der nachhaltigen Transformation, Sondierung neuer Themen, Zugang zu Schlüsseltechnologien und neuen Partnern, die Positionierung in strategischen Wertschöpfungsketten sowie Beschleunigungseffekte. Zudem zeigt sich klar, dass europaweite F&E-Kooperationen den Zusammenhalt der europäischen Industrie und ihrer Wertschöpfungsketten festigen. Ziel muss es daher sein, dass die zweite Säule des nächsten Horizon Europe auch anteilig im gleichen Ausmaß wie das Gesamtprogramm gestärkt wird.

Die Verhandlungen stehen vor der Tür – Österreich muss sich zusammen mit verbündeten Mitgliedsstaaten aktiv dafür einsetzen, dass der ECF und insbesondere das nächste Horizon Europe nun ein echter Hebel zur Stärkung der europäischen Industrie sowie von Schlüsseltechnologien aus Europa werden.

„MINToring“ vernetzt junge Technikerinnen

Die MINTality Stiftung startet in den MINT-Regionen das Pilotprojekt „MINToring“ mit dem Ziel, mehr Mädchen und junge Frauen auf ihrem Bildungsweg zu unterstützen.

Die MINTality Stiftung startet mit dem „MINToring 2025/26“ ein Programm speziell für Mädchen bzw. junge Frauen, die sich auf unterschiedlichsten MINT-Ausbildungswegen befinden und sich gegenseitig unterstützen wollen. MINT-interessierte Mädchen und junge Frauen zwischen 13 und 25 Jahren werden miteinander vernetzt, systematisch gestärkt und auf ihrem Bildungsweg kontinuierlich über ein Jahr begleitet. Zielsetzung ist, mehr Mädchen und junge Frauen für eine Bildungs- und Berufswahl im MINT-Bereich zu begeistern und sie auf diesem Lernweg aktiv zu unterstützen. Nach der Pilotphase 2025/26 in Kooperation mit den drei MINT-Regionen Traunviertel, Obersteiermark und Wien-West wird das Programm nun österreichweit ausgerollt.

Mutige Mädchen, starke Frauen

Im Zentrum des MINTorings steht das MINToring-Duo: eine MINTee (Schülerin am Ende der Unterstufe bzw. der Oberstufe) wird mit einer MINTorin (HTL-Schülerin, Lehrling im dritten oder vierten Ausbildungsjahr oder MINT-Studentin) mit geringem Altersunterschied gematcht. Über elf Monate hinweg treffen sich MINTee und MINTorin regelmäßig – persönlich oder online – und nehmen an inspirierenden MINT-Aktivitäten, organisiert durch die MINTality Stiftung und die MINT-Regionen, teil. Das außerschulische Programm ist kostenlos und für alle offen, die ihren MINT-Ausbildungsweg gemeinsam gehen wollen. Besonders Unternehmen sind eingeladen, ihre weiblichen MINT-Lehrlinge als MINTorinnen für das Programm zu nominieren und



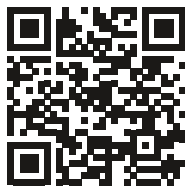
damit jungen Mädchen aus der Unterstufe ein greifbares Vorbild aus der Praxis zur Seite zu stellen.

Mitwirkungsmöglichkeit für Unternehmen

Die MINTality Stiftung sucht weibliche MINT-Lehrlinge (3. bis 4. Lehrjahr), die das MINToring 2025/26 unterstützen möchten. Außerdem ermöglicht MINTeraction ab 2026/27 das praxisnahe Ausprobieren sowie das Kennenlernen von MINT-affinen Unternehmen in der Region für Mädchen bzw. junge Frauen.

Die MINTality Stiftung wurde 2022 von Therese Niss gemeinsam mit neun Unternehmen (Miba, Fronius, Greiner, TGW, Oberbank, KNAPP, Magna, umdasch und A1), der Industriellenvereinigung, der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) sowie der Innovationsstiftung für Bildung

(ISB) ins Leben gerufen. Das gemeinsame Ziel ist es, mehr Mädchen für Technik zu begeistern und sie zu ermutigen, eine Ausbildung in diesen zukunftsträchtigen Bereichen zu ergreifen.



MINToring 2025/26

Bewerbung für weibliche Lehrlinge bis 13. Oktober 2025: <https://forms.office.com/e/R5WwHeS145>

MINTeraction

Kontakt für Unternehmen: office@mintality.at



Was der politische Herbst der Industrie bringt

Vom „Sofortpaket“ für die Wirtschaft bis zur Industriestrategie – die Regierung hat sich diesen Herbst viel vorgenommen. Mutige Reformen lassen derzeit jedoch noch auf sich warten.



„Es braucht jetzt entschlossenes Handeln, um den Aufschwung einzuleiten und Investitionen zu stärken.“

Georg Knill,
IV-Präsident

es jetzt entschlossenes Handeln, um den Aufschwung einzuleiten, Investitionen zu stärken und Österreich langfristig auf einen stabilen Wachstumspfad zurückzuführen“, betont Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung.

Herbstlohnrunde und Fachkräftemangel

Angesichts der hohen Inflation werden heuer wieder alle Augen auf die Herbstlohnrunden gerichtet sein: Die zugrunde liegende Durchschnittsinflation liegt diesmal bei 2,8 Prozent. Höher war sie – lässt man die Jahre 2022 bis 2024 beiseite – in den letzten 30 Jahren nur 2001 und 2008. Die hohen Lohnstückkosten haben die heimische Industrie in ihrer Wettbewerbsfähigkeit auch gegenüber anderen Ländern in Europa massiv unter Druck gebracht. Zu diesen Unwegsamkeiten kommen in Österreich deutlich zu hohe Energiepreise und die demografische Verschiebung, die soziale Sicherungssysteme unter Druck bringt – insbesondere das Pensionssystem, das immer mehr aus dem öffentlichen Budget bezuschusst werden muss. Und gleichzeitig wird sich in den kommenden Jahren parallel zum Aufschwung der Arbeits- und Fachkräftemangel zurückmelden und verschärfen. In der Industrie fehlt vor allem auch der qualifizierte Nachwuchs – eine aktuelle Studie des Industriewissenschaftlichen Instituts (IWI), die die IV gemeinsam mit dem Fachverband der Metalltechnischen Industrie (FMTI), dem Fachverband der Elektro- und Elektronikindustrie (FEEL) und dem Österreichischen Verband für Elektrotechnik (OVE) in Auftrag gegeben hat, zeigt das deutlich. Aktuell bleibt österreichweit jede vierte Stelle unbesetzt, für die es junge Menschen mit fundierter HTL-Ausbildung bräuchte. Die Studie beziffert die Lücke derzeit mit 10.000 HTL-Absolventen. Bis 2030 droht der Mangel auf 16.000 junge Technikerinnen und Techniker anzuwachsen – 40 Prozent dieser Stellen blieben dann unbesetzt.

Erstes „Sofortpaket“ für die Wirtschaft

Viele der Schwierigkeiten, vor denen die heimische Wirtschaft steht, will die Regierung schnell angehen. Auch für den Herbst stehen wichtige Weichenstellungen auf der Agenda. „Die Herausforderungen sind groß: hohe Inflation, verhaltenes Wachstum und geopolitische Unsicherheiten. Der Weg zum notwendigen Aufschwung ist kein Sprint, sondern ein Marathon, den wir bereit sind, in Angriff zu nehmen“, sagte Wirtschaftsminister Wolfgang Hattmannsdorfer bei der Präsentation des ersten „Sofortpakets“ für die Wirtschaft Anfang September. Das geschnürte Paket soll ein Volumen von einer Milliarde Euro umfassen, die im Wesentlichen durch Umschichtungen im Budget freigemacht wurde – insbesondere durch Kürzungen bei Förderungen. Kern des Pakets ist die Verdopplung des Investitionsfreibetrags von zehn auf 20 Prozent und bei ökologischen Investitionen von 15 auf 22 Prozent für ein Jahr ab 1. November. Für die Industrie geht die rund 200 Millionen Euro teure Maßnahme nicht weit genug – die Investitionserfordernisse seien viel höher: „Für den Standort wäre ein deutlich ambitionierteres Signal notwendig gewesen, um die Investitionstätigkeit im Land zu steigern“, so Knill.

„Für den Standort wäre ein deutlich ambitionierteres Signal notwendig gewesen.“

Georg Knill,
IV-Präsident

Positive Signale gibt es derzeit vor allem im Bereich der hohen Energiepreise. So hat Wirtschaftsminister Hattmannsdorfer das Strompreiskosten-Ausgleichsgesetz (SAG) in Begutachtung geschickt. (Wenn dieses Heft erscheint, wird das SAG bereits kurz vor dem Beschluss stehen.) Für heuer und nächstes Jahr sollen jeweils bis zu 75 Millionen Euro für energieintensive Unternehmen mit einem Verbrauch von mehr als einer Gigawattstunde ausgeschüttet werden. Die Mittel, die Unternehmen aus dem SAG erhalten, müssen fast vollständig reinvestiert werden – 50 Prozent davon in Energieeffizienzmaßnahmen. „Die Strompreiskompensation ist ein zentrales Anliegen der Industrie und trägt zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit stromintensiver

Unternehmen bei“, so Knill. Noch heuer sollen auch die zwei zentralen Energiegesetze (das Elektrizitätswirtschaftsgesetz, ElWVG, und das Erneuerbaren-Ausbau-Beschleunigungsgesetz, EABG) im Parlament beschlossen werden. Nicht zuletzt steht die UVP-Novelle auf der Herbst-Agenda der Bundesregierung.

Mit Spannung erwartet wird die genaue Ausgestaltung des Anfang September angekündigten Standortfonds, der über den Dach-Fonds für innovative Startups und Spinoffs in der Wachstumsphase hinausgehen dürfte. Der Standortfonds soll auch Energienetzinfrastruktur mitfinanzieren. Noch im September wird sich darüber hinaus ein eigener Ministerrat zentral dem Thema Entbürokratisierung widmen. „Es braucht dringend einen Befreiungsschlag – erste Schritte durch Maßnahmen wie den Abbau unnötiger Berichtspflichten und die Beschleunigung der Genehmigungsverfahren sind auch in diesem Bereich erkennbar“, kommentiert der IV-Präsident. Noch im Herbst will die Regierung die Reformpartnerschaft vorantreiben – dabei sollen auch Maßnahmen gesetzt werden, um die Energiepreise für Haushalte und Unternehmen zu senken sowie Verwaltungsabläufe deutlich zu straffen. Die Verhandlungen zum Stabilitätspakt neu will die Regierung noch im Herbst abschließen. Und schließlich werden im September erste Ergebnisse der angekündigten Industriestrategie vorliegen.

Es braucht weitere mutige Schritte

Bei dringend notwendigen Struktur-reformen zeigt sich die Regierung jedoch noch zurückhaltend. Im Frühjahr wurde eine Anhebung der Korridor-pension beschlossen. Ab 2026 steigt das frühestmögliche Eintrittsalter in der Korridor-pension von 62 auf 63 Jahre und auch die Teilpension wird ab 2026 möglich sein. Gleichzeitig bringt die Regierung diesen Herbst ein Flat-Tax-Modell für Menschen, die über das gesetzliche Pensionsalter hinaus freiwillig weiterarbeiten, auf den Weg. Diese Schritte gehen für Knill in die richtige Richtung, seien aber zu wenig ambitioniert, um der demografischen Herausforderung im Pensionssystem und am Arbeitsmarkt adäquat zu begegnen. „Die zentralen budgetären Herausforderungen wie zum Beispiel im Pensionssystem oder in der Verwaltung bleiben weiterhin ungelöst. Um Österreich zukunftsfit zu machen, braucht es weitere mutige Schritte“, so Knill abschließend.

TO-DO-LISTE FÜR DEN STANDORT ÖSTERREICH

Ausgewählte wichtige Standortmaßnahmen, um wieder auf die Überholspur zu kommen.

- ☒ Strompreiskompensation für energieintensive Industrie
 - ☒ Wichtige Energiegesetze
 - ☒ Erhöhung Investitionsfreibetrag
 - ☒ Schaffung Standortfonds
-
- ☐ Große Strukturreformen
 - ☐ Entlastung Faktor Arbeit
 - ☐ Absicherung des Fonds Zukunft Österreich
 - ☐ Umfassende Entbürokratisierungsoffensive

Schulstart als Reformsignal

Das neue Schuljahr startet mit zahlreichen Neuerungen – darunter viele, für die sich die Industriellenvereinigung schon lange einsetzt. Jetzt müssen die nächsten Schritte entschlossen gegangen werden.



Mit dem Schulstart im Osten Österreichs treten zahlreiche Neuerungen in Kraft, die den Bildungsbereich spürbar verändern. Viele dieser Schritte

greifen zentrale Forderungen der Industriellenvereinigung auf; vom Ausbau der Planstellen über die Stärkung der Deutschförderung bis hin zu mehr Unterstützung für Schulleitungen. Damit zeigt sich: Zahlreiche Anliegen der IV sind bereits in Umsetzung, erste Erfolge werden sichtbar.

Wirtschafts- und Finanzbildung gestärkt

Ein wichtiges Beispiel ist die Stärkung der Wirtschafts- und Finanzbildung – ein weiterer Schritt in jene Richtung, die die IV seit Jahren fordert. Ab dem Schuljahr 2025/26 wird das Wirtschaftskundliche Realgymnasium (WIKU) neu positioniert: Kernstück ist der neue Unterrichtsgegenstand „Wirtschaft, Innovation und Nachhaltigkeit“ in Unter- und Oberstufe. Damit erhalten Schülerinnen und Schüler praxisnahe Kompetenzen, um optimal auf die Anforderungen des Arbeitsmarkts vorbereitet zu sein.

Entbürokratisierung schafft Freiraum

Positiv zu bewerten ist auch die angekündigte Entbürokratisierung: Weniger Erlässe schaffen bei gleichzeitig klaren Strukturen Raum für die Kernaufgaben der Pädagoginnen und Pädagogen. Genau hier hatte die IV wiederholt Verbesserungen eingefordert. Ein entlastetes Schulsystem kann sich stärker auf seine eigentliche Aufgabe konzentrieren: die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen sowie die Förderung der individuellen Potenziale aller Schülerinnen und Schüler.

Reformpartnerschaft braucht Tempo

Ein weiterer zentraler Punkt ist die gestartete Reformpartnerschaft zwischen Bund, Ländern, Gemeinden und Städten. Sie eröffnet die Chance, endlich jene strukturellen Probleme anzugehen, die Österreichs Schulsystem seit Jah-

ren belasten: Kompetenzzersplitterung, Doppelgleisigkeiten und unklare Verantwortlichkeiten. Die IV begrüßt diesen Prozess ausdrücklich – es braucht nun konkrete Entscheidungen und rasche Umsetzungsschritte.

Bildung als Standortfrage

Bildung ist nicht nur ein individuelles Recht und eine gesellschaftliche Aufgabe, sondern auch eine entscheidende Standortfrage – Österreichs Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft hängen unmittelbar davon ab, ob es gelingt, allen Kindern und Jugendlichen die besten Voraussetzungen mitzugeben und so die Fachkräfte von morgen auszubilden. Dass viele bildungspolitische Maßnahmen nun im Sinne der IV auf den Weg gebracht wurden, ist ein positives Signal. Entscheidend wird jedoch sein, dass die Reformen nachhaltig umgesetzt und im Schulalltag spürbar werden.

Salzburg Summit: Europas Kompass in der „Rough New World“

Strategische Orientierung, wirtschaftliche Resilienz und technologische Führungsansprüche waren zentrale Themen des Salzburg Summit, der auch heuer wieder zu einem internationalen geopolitischen Dialog lud.

Unter dem Leitmotiv „Rough New World – Navigating Through Insecurities“ fand Ende Juli der sechste Salzburg Summit der Industriellenvereinigung statt. Mehr als 650 Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft diskutierten über Europas Rolle in einer zunehmend unsicheren Welt. Georg Knill, Präsident der IV, forderte in seiner Eröffnungsrede einen klaren Kompass für Europa – basierend auf Freiheit, Verantwortung, Innovationskraft,

Weltoffenheit und wirtschaftlicher Stärke. In diversen Panels und Interviews stellten prominente Persönlichkeiten wie David Petraeus (ehem. CIA-Direktor), Christian Lindner (ehem. deutscher Finanzminister) und Joschka Fischer (ehem. Vizekanzler Deutschlands) zentrale Fragen zu geopolitischer Stabilität, Finanzierung und Machtverschiebungen in den Fokus.

Ein Schwerpunkt lag auf Europas wirtschaftlicher Basis für strategische Sicher-

heit. Top-Speaker wie Nicola Beer (EIB), Michael Strugl (Verbund) und Valerie Brunner (RBI) betonten die Notwendigkeit langfristiger Investitionen, der Diversifizierung von Energiequellen sowie der Sicherung kritischer Rohstoffe. Christian Lindner kritisierte die bisherige Wirtschaftspolitik Europas als zu regulierungs- und umverteilungsorientiert und warb für tragfähige Strukturreformen – „Schulden sind nur vorgezogener Wohlstand“. Andere Programmpunkte be-

leuchteten Europas Potenzial in der Biotechnologie, insbesondere durch stärkere transatlantische Kooperationen; zudem ging es um Bürokratieabbau, Medienwandel, künstliche Intelligenz sowie transatlantische Politik. Der Summit stellte eindringlich klar, dass Europa aktiv handeln muss: Sicherheit, wirtschaftliche Stärke und technologische Innovationskraft sind keine Gegensätze, sondern Voraussetzungen, um in der „Rough New World“ handlungsfähig zu sein.



V.l.n.r.: Johannes Hahn, Claudia Plakolm, Karoline Edtstadler, Sabine Herlitschka, Georg Knill, Barbara Eibinger-Miedl, Alexander Pröll.



Der ehemalige deutsche Vizekanzler Joschka Fischer.



Der rumänische Präsident Nicușor Dan.



Der ehemalige deutsche Finanzminister Christian Lindner.



IV-Präsident Georg Knill.

Zweiter Jungunternehmertag der Jungen Industrie in Telfs

Zum zweiten Mal fand der bundesweite Jungunternehmertag statt, bei dem in Tirol alles im Zeichen von Innovation stand.

Am 29. August fand in Telfs der zweite bundesweite Jungunternehmertag der Jungen Industrie statt. Nach dem Auftakt im Vorjahr in Graz kam die junge Unternehmergeneration diesmal in Tirol zusammen, um sich über Zukunftsthemen auszutauschen, voneinander zu lernen und neue Kontakte zu knüpfen. Schon am Vorabend bot das Sommerfest der IV Tirol Gelegenheit, sich einzustimmen und in geselliger Atmosphäre zu starten.

Eröffnet wurde der Tag von der Bundesvorsitzenden Julia Aichhorn und dem Vorsitzenden der JI Tirol, Eduard Fröschl. Unterstützt wurden sie dabei von JI-Tirol-Vorstandsmitglied Christoph Mederle, der die Räumlichkeiten bei den Thöni Industriebetrieben zur Verfügung stellte und mit seiner Gastfreundschaft für den passenden Rahmen sorgte.

Der diesjährige Jungunternehmertag stand dabei ganz im Zeichen von Innovation – einem der zentralen Zukunftsthemen für die Industrie. Die Industrie steht heute in einem Umfeld, das von rasantem technologischem Wandel und globalem Wettbewerb geprägt ist; Innovation ist der Schlüssel, um Fortschritt zu gestalten und Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern. Sie eröffnet neue Möglichkeiten und schafft die Basis für nachhaltiges Wachstum, das vor allem für die kommenden Generationen entscheidend sein wird.

Die Keynote von Juris Ulmanis von Alpine Quantum Technologies schlug die Brücke von der Theorie zur Praxis: Er machte deutlich, welche Chancen die Technologie eröffnet und welches enorme Potenzial noch in ihr steckt, das es zu erforschen gilt.

Wie schon im Vorjahr konnten die Teilnehmenden anschließend aus mehreren Workshops wählen, die parallel stattfanden und unterschiedliche Schwerpunkte rund um das Thema Innovation setzten: Anke van Beekhuis widmete sich der Frage, wie eine High Performance Culture in Unternehmen aufgebaut und gelebt werden kann; Eva Zangerle von der Universität Innsbruck zeigte gemeinsam mit Julian Just, welche Chancen eine klare KI-Strategie bietet und wie Betriebe das Potenzial von KI nutzen können; Constantin Krenn von Simon-Kucher thematisierte, wie Innovation, KI und Effizienz den Vertrieb verändern.

Am Nachmittag folgte eine zweite Workshop-Runde: Michael Zoller von Accenture gab Einblicke rund um die Themen IT-Risiken und Cybersecurity; Marcus Ager, Sonja Deutschmann und Florian Meindl von BDO beleuchteten im „Fit and Proper Check Next Generation“ die Kompetenzen, die junge Unternehmerinnen und Unternehmer



V.l.n.r.: Christoph Knogler, Julia Aichhorn und Eduard Fröschl beim Jungunternehmertag.

für ihren Weg benötigen; parallel dazu erläuterte Anatol Dietl von Wildhack & Jellinek praxisnah, wie Patente, Marken und Designs Innovationen absichern können.

Ein besonderes Highlight bildete das Kamingespräch mit Christoph Knogler, CEO der KEBA Group und Leiter der IV-KI-Taskforce – er zeigte mit konkreten Beispielen und Erfahrungswerten aus seinem Unternehmen, wie vielseitig und effektiv künstliche Intelligenz eingesetzt werden kann.

Abgerundet wurde der Tag durch ein gemeinsames Afterwork in Telfs. In entspannter Atmosphäre konnten Gespräche fortgeführt, neue Kontakte vertieft und Eindrücke des Tages reflektiert werden.

Der zweite Jungunternehmertag in Tirol war damit ein voller Erfolg. Ein herzlicher Dank gilt allen, die diesen Tag möglich gemacht haben – insbesondere den Vortragenden für ihre Zeit und den wertvollen Input sowie der Landesgruppe Tirol für ihre tatkräftige Unterstützung!



INNOVATION ALS ÜBERLEBENSFAKTOR

Warum Österreich ohne neue Ideen den Anschluss verliert.

Österreich ist ein Land der Tradition – das ist unsere Stärke, aber zunehmend auch unsere Schwäche. Während andere Regionen Milliarden in Forschung, Digitalisierung und KI investieren, diskutieren wir hierzulande über kleinteilige Regulierungen und geraten ins endlose Mikromanagement. Dabei ist klar: Ohne Innovation gibt es keine Wertschöpfung, ohne Wertschöpfung keinen Wohlstand.

Gerade die junge Generation spürt das besonders – sie will Neues wagen, Startups gründen und Technologien ausprobieren. Doch allzu oft stößt sie dabei auf starre Strukturen, Bürokratie und politische Mutlosigkeit. Wenn wir jungen Menschen in Österreich nicht die Chance geben, ihre Ideen hier zu verwirklichen, dann gehen sie dorthin, wo es einfacher ist – und mit ihnen wandern nicht nur Talente ab, sondern auch die Zukunft unseres Wirtschaftsstandorts.

Die Industrie ist der Motor für Arbeitsplätze und Investitionen, aber dieser Motor braucht den Treibstoff von morgen: mutige Ideen, Forschungsgelder und ein innovationsfreundliches Umfeld. Wer glaubt, Österreich könne im internationalen Wettbewerb mit „Business as usual“ bestehen, irrt gewaltig: Die USA, China und zunehmend auch Indien ziehen in Sachen Innovationskraft längst davon. Wir dürfen die junge Generation nicht in einem Land zurücklassen, das lieber alte Strukturen verteidigt, statt neue Wege zu ermöglichen.

Wir brauchen endlich eine Innovationsagenda, die diesen Namen verdient: mit Rahmenbedingungen, die Kapital für Investitionen ermöglichen, einer Bürokratie, die Innovation erleichtert statt verhindert, und Technologieoffenheit, die neue Ansätze nicht von vornherein ausschließt. Am Ende entscheidet vor allem eine Offensive in der MINT-Bildung, ob wir den jungen Menschen das Rüstzeug geben, um Österreichs Zukunft zu gestalten.

Innovation ist kein Luxus, sondern unsere Überlebensstrategie. Je länger wir das verdrängen, desto teurer wird es – vor allem für die kommende Generation.

Julia Aichhorn,
Bundesvorsitzende der Jungen Industrie

Wechsel in der Geschäftsführung der Jungen Industrie

Franziska Sumberaz folgt Valentin Falb.

Franziska Sumberaz ist neue Bundesgeschäftsführerin der Jungen Industrie. Die 31-Jährige folgte im September auf Valentin Falb, der die Nachwuchsorganisation der Industriellenvereinigung seit 2021 leitete und diese inhaltlich wie organisatorisch stark geprägt hat.

Sumberaz ist seit 2023 Teil der Jungen Industrie und hat in dieser Zeit die strategische Positionierung entscheidend mitgestaltet. Die studierte Kommunikationsexpertin war zuvor mehrere Jahre selbstständig tätig und bringt Erfahrung in Kommunikation und Marketing mit. Künftig möchte sie die Sichtbarkeit der Organisation ausbauen und zentrale industrie- sowie gesellschaftspolitische Zukunftsthemen in den Vordergrund rücken.



„Spitzenqualität steht im Vordergrund“

Der Geschäftsführer des WWTF, des Wiener Wissenschafts-, Forschungs- und Technologiefonds, Michael Stampfer, über die neue Initiative „Building Future in Vienna“, die Forschende aus den USA nach Wien holen will.



Sehr geehrter Herr Stampfer, die Initiative „Building Future in Vienna“ steht ja erst am Anfang – haben Sie oder die involvierten Universitäten konkrete Wunschvorstellungen, welche Forscherinnen und Forscher von Wien überzeugt werden sollen?
Die erste Antwort heißt: Sehr gute Forscher! Spitzenqualität steht im Vordergrund der Rekrutierungen für den Standort Wien, und das gilt ganz besonders für diese gemeinsame Initiative starker Universitäten mit dem WWTF, der IV und der IV-Wien. Die zweite Antwort lautet: Es geht um die Anwerbung von Wissenschaftlern, die in Wiener Stärkefeldern arbeiten – Quantentechnologien bis Life Sciences, Materialwissenschaften bis Geisteswissenschaften. Drittens, ganz pragmatisch: Einige Wissenschaftsfelder stehen in den USA stark unter Druck, wie die Umweltforschung oder Teile der Gesundheitsforschung. Hier könnten erstklassige Leute auf die Idee kommen, sich zu verändern. Für „Building Future in Vienna“ stehen Instrumente wie aktive Star-Rekrutierung, Zweitaffiliationen (US+AT), Laufbahnstellen (wie die WWTF Vienna Research Groups) oder zeitlich vorgezogene Berufungen zur Verfügung.

Die Idee, Forschende aus den USA hierher zu bekommen, hatte ja nicht nur Wien. Spüren Sie, dass hier vielleicht gar ein innereuropäisches Wettrennen um die besten Anreize entstehen könnte?
Ich würde mir viel mehr Wettrennen wünschen, also in allen europäischen Ländern, und eben auch in Österreich mehr Bewusstsein, dass zusätzliche Investitionen in Spitzenforschung sich mittelfristig überproportional auszahlen, intellektuell wie wirtschaftlich. Einzelne Länder wie Frankreich stechen mit Angeboten hervor, andere Länder wählen diskretere Zugänge, und auf EU-Ebene gibt es schöne Initiativen mit mehr Geld. Je mehr, desto besser! Daher wollen wir mit „Building Future in Vienna“ auch private Quellen ansprechen, damit die Universitäten noch attraktivere Angebote machen können. Ein Teil unserer nationalen und europäischen Strukturkrise liegt auch darin, dass wir global zu wenig in den absoluten Spitzentechnologien präsent sind. Dafür brauchen wir erstklassige Forschungsinstitutionen. In etablierten Branchen ein bisschen besser zu werden kann im gegenwärtigen globalen Umfeld leider nicht die primäre Antwort sein.

Was sind die Hauptgründe, die aus Ihrer Sicht für eine Tätigkeit als Forscher in Wien sprechen – was bietet Wien, was andere nicht bieten?
Der Hauptgrund ist für Wien derselbe wie für alle starken Forschungsstandorte: Vorhandensein starker Wissenschaftscluster mit Top-Leuten, große Anzahl talentierter Studierender, ausreichend Freiheit und schließlich Mittel für Projekte und Infrastrukturen. Wo die Region Wien speziell punktet, sind wirksame Sekundärtugenden wie höchste Lebensqualität, hohe Sicherheit oder vergleichsweise niedrige Lebenshaltungskosten für Familien. Ein Top-Beispiel ist das von der Boehringer Ingelheim Stiftung groß finanzierte Akademieinstitut AITHYRA, wo AI-Forschung für die und mit den Life Sciences betrieben wird. Hier sind alle primären Faktoren da, und Michael Bronstein und sein Team rekrutieren ein Supertalent nach dem anderen aus den USA: Diese Gruppenleiter haben viele Angebote, aber sie kommen eben zu uns. In der Quantenforschung, in Teilbereichen der Informatik, in der Mikrobiologie und anderen Feldern gibt es ähnlich gute Voraussetzungen.

„Zusammenarbeit der Stakeholder ist essenziell“

Seit einem Jahr ist die ehemalige TU-Rektorin Sabine Seidler als MINT-Beauftragte der Stadt Wien tätig – eine der größten Herausforderungen sieht sie nach wie vor in der starken Fragmentierung der Wiener MINT-Szene.

Sehr geehrte Frau Seidler, vor einem Jahr wurden Sie zur MINT-Beauftragten der Stadt ernannt. Wie steht es nach diesem Jahr Ihrer Meinung nach um das Thema MINT in Wien?
Ganz grundsätzlich? Dem Thema MINT geht es gut, aber das war ja auch schon vor dem Beginn meiner Tätigkeit der Fall. Seit Oktober letzten Jahres ist in der Magistratsabteilung „Wirtschaft, Arbeit und Statistik“ die Landeskoordinationsstelle MINT eingerichtet, die mich tatkräftig unterstützt. Im Oktober werden die ersten beiden Wiener MINT-Regionen ihr Qualitätslabel verliehen bekommen, die MINT-Initiative erfreut sich großen Interesses und erfüllt die selbst gestellte Aufgabe, als Informationsdrehscheibe zu agieren, sehr gut. Ich selbst habe sehr viel darüber gelernt, wie der Sektor agiert, und wende dieses Wissen natürlich auf die im letzten Jahr gesetzten Schwerpunkte an. Wir haben im vergangenen Jahr sehr intensiv mit der Robotik-Community gearbeitet und gemeinsam Schnittstellenthemen entlang der Bildungskette identifiziert, an denen aktuell gearbeitet wird. Eine Arbeitsgruppe beschäftigt sich z. B. mit der Erstellung eines Konzepts für eine Shared-Infrastruktur im Robotikbereich, die die Zusammenarbeit zwischen den HTLs, aber auch zwischen HTLs, FHs und TUW unterstützen soll. Eine andere hat sich des Themas Wirkungsmessung angenommen, um nur zwei Beispiele zu

nennen. Nicht jede Herausforderung, die in diesem Rahmen identifiziert wurde, ist innerhalb der Stadt oder von den Stakeholdern selbst zu lösen; solche Themen an den richtigen Stellen zu platzieren und Impulse zum Nachdenken zu setzen ist auch Teil meiner Arbeit. Mit der Erfahrung des letzten Jahres entwickeln wir in der MINT-Koordinationstelle auch gerade die Roadmap der Initiative weiter.

Nachdem Sie nun mehr Einblick in die Wiener MINT-Szene haben: Wo sehen Sie die größten Hebel – wo wollen Sie konkret ansetzen, um Wien noch MINT-fitter zu machen?
Ich bin nach wie vor der Ansicht, dass die Fragmentierung des Sektors das größte Hemmnis dafür ist, Wirkung zu entfalten. Am Beispiel der Robotik-Community sehen wir, welche Energie entsteht, wenn gemeinsam an Lösungen von Herausforderungen gearbeitet wird, von denen im Prinzip alle betroffen sind. Das bestärkt mich, die Arbeit mit den Communitys jedenfalls weiterzuführen. Dass die Beseitigung der Unterrepräsentanz von Frauen ein wichtiger Hebel ist, ist bekannt; hier braucht es innovative Ansätze, die Wirkung erzielen. Ich bin überzeugt, es gibt diese, aber sie müssen skalierbar gemacht werden. Gleiches gilt für Wien beim Schöpfen des Potenzials, welches die Zuwanderung bringt.



Ein großes Thema in Wien und auch Österreich insgesamt ist es, dass wir teils Schwierigkeiten haben, Ergebnisse der Grundlagenforschung auch am Standort in vermarktbar Produkte und Lösungen zu übersetzen. Wie könnte man das verbessern?
Dieses vielschichtige Thema hat viele Facetten – da ist z. B. das fehlende Denken in Wertschöpfungsnetzwerken. Der Weg von einem Grundlagenforschungsergebnis zu einem Produkt ist weit und nicht immer

geradlinig. Um diesen erfolgreich zu gehen, ist die Zusammenarbeit der Stakeholder, d. h. der Hochschulen und Forschungseinrichtungen untereinander ebenso wie mit Unternehmen, essenziell. Grundlagenforschung muss als Investition verstanden und ebenso behandelt werden. Kritische Massen erhöhen die Sichtbarkeit und damit die Attraktivität für Finanzierungen. Längerfristig wirksam, aber ebenso nötig ist Awarenessbildung und Kompetenzaufbau durch entsprechende Ausbildung.



Historiker und Ökonomen werden sich die vergangenen Jahre merken – als Paradebeispiel dafür, wie schnell sich ein Land selbst ruinieren kann. Österreich war lange sehr erfolgreich: Es gab Zeiten, da betitelten wir uns selbst gerne als „das bessere Deutschland“. Der Industriemotor brummte, jeder zweite Euro wurde im Export verdient. Und jetzt? Der öffentliche Sektor hat die Industrie als größten Arbeitgeber im Land abgelöst, die Deindustrialisierung unseres Landes schreitet leise, aber unerbittlich voran. Wir sind Letzter in Europa beim Wachstum – und gleichzeitig Erster bei den Lohnerhöhungen in allen Sektoren bei weniger geleisteten Arbeitsstunden.

Unsere Produktivität ist dadurch in den vergangenen Jahren massiv gesunken, sodass wir mittlerweile bei den Lohnstückkosten selbst Deutschland gegenüber nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Zusammen mit den überdurchschnittlich hohen Energiekosten, auch gegenüber dem übrigen Europa, ist unser gesamter Exportsektor (jeder zweite Euro!) nicht mehr konkurrenzfähig. Dazu kommt noch die Zollmalaise – das Ergebnis sind massiv wegbrechende Auslandsaufträge. Und diese können weder durch Inlandskonsum noch durch Tourismus, Dienstleistungen oder Agrarwirtschaft in irgendeiner Weise

SOLIDARITÄT GEFORDERT

Österreich ist ein Sanierungsfall – das wird uns allen Opfer abverlangen. Das Wichtigste ist dabei, ein langfristiges Ziel im Auge zu behalten und nicht im tagespolitischen Hickhack zu versinken.

DEBATTE
Teilen Sie uns Ihre Meinung mit – via E-Mail an debatte@iv.at.

kompensiert werden. Gleichzeitig zeigt sich immer mehr, dass das bisherige „Sparpaket“ der Bundesregierung bei Weitem nicht reichen wird; dass wir es immer noch nicht schaffen, mit dem Geld, das wir einnehmen, auch einigermaßen ein Auskommen zu finden. Obwohl wir wieder einmal Rekordeinnahmen haben ...

Insgesamt ist die Situation also reichlich düster. Mit klassisch österreichischen Lösungen – ein bisschen da drehen, ein bisschen dort umverteilen – werden wir nicht weiterkommen. Tatsächlich hieß es eigentlich ja auch „Nicht weiter wie bisher!“, als die aktuelle Bundesregierung gebildet wurde. Wir hätten es gerne alle geglaubt, aber noch ist davon wenig zu spüren.

In dieser Situation wird es eine Menge Solidarität benötigen – und zwar in der Form, dass wir uns alle in einer gewissen Zurückhaltung werden üben müssen. Das gilt einmal für die nahenden KV-Runden: Wenn wir unser Land wieder wettbewerbsfähig machen wollen, dann können wir nicht stur an der viel beschworenen Benya-Formel festhalten, nur „weil das immer so war“. Einmal ganz davon abgesehen, dass die Benya-Formel eigentlich auch die Produktivität mit einberechnen müsste. Was bedeutet das in Zeiten sinkender Produktivität? Eben genau, dass die Firmen in keiner Weise die Lohnerhöhungen verdienen und damit noch weniger in Österreich investieren können. Und ohne Investitionen kein Aufschwung.

Die Wahrheit ist so einfach wie unangenehm: In den kommenden

zwei – oder vielleicht besser drei – Jahren werden wir uns keine Lohnerhöhungen in Höhe der überdurchschnittlichen österreichischen Inflation leisten können. Punkt. Wir sollten, nein, wir müssen in den nächsten Jahren Abschlüsse von maximal der halben Inflation zusammenbekommen, nicht nur bei den Aktiven; vor allem auch Beamte und Pensionisten werden mit weniger großzügigen Erhöhungen auskommen müssen. Denn die Wahrheit ist, dass unsere hohe Inflation vor allem eine lohngetriebene Inflation ist. Die Lohn-Preis-Spirale muss durchbrochen werden, sonst kommen wir aus der Misere nie heraus.

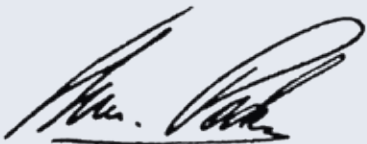
Solcherlei Vorschläge sorgen in Österreich immer sofort dafür, dass man angefeindet wird: „Neoliberal!“, heißt es dann; man wolle am Rücken der Ärmsten sparen und Ähnliches. Das ist aber Blödsinn. Vergessen wir eines nicht: Während wir bei Wachstum und Produktivität am unteren Ende der Skala herumgrundeln, sind wir in einem Bereich absolute Europa-meister: Mit Sozialausgaben in der Höhe von 31,6 Prozent des BIPs leisten wir uns nach wie vor den größten und teuersten Sozialstaat in der EU. Der Wohlfahrtsstaat ist aber nicht die Quelle, sondern die Folge des erarbeiteten Wohlstands. Und es verlangt ja auch keiner vollkommen radikale Maßnahmen im Stile der argentinischen „Kettensäge“ (auch wenn die Erfolge dieses Wegs hierzulande zum Nachdenken anregen sollten ...) – sondern eben nur einen spürbaren, solidarischen Beitrag von allen.

Und ja, das heißt natürlich auch von uns Unternehmen! Nehmen wir das Thema Förderungen: Die Agenda Austria wagte kürzlich einen weitgehenden Vorschlag dahin gehend, dass man das Förderbudget auf das inflationsbereinigte Niveau von

2019 begrenzen sollte. Das würde den Wildwuchs an Förderungen per Gießkanne seit Corona sofort beenden. Jede neue Förderung müsste dann auch wirtschafts- und ordnungspolitisch begründet werden. Mit einem Schlag hätte die Politik wesentlichen finanziellen Handlungsspielraum gewonnen. Und seien wir ehrlich: Unterfördert waren wir in Österreich auch schon vor Corona nicht. Ach ja, und diesen Unsinn, dass jede Förderung und Leistung immer und überall valorisiert werden muss – diesen Luxus sollten wir auch rasch beenden. So wie in Italien die „scala mobile“ schon in den 70er-Jahren beendet wurde.

Das würde alle, auch Unternehmen, treffen – aber langfristig auch allen zugutekommen. Denn unser derzeitiger Kurs reitet uns nur weiter in den Abgrund. Überbordende Inflation, wachsende Schuldenberge, Unternehmen, die schrumpfen, abwandern oder gar für immer schließen, eine Steuer- und Abgabenhöhe, die Leistung nicht mehr belohnt, und, und, und, und ...

Wir sollten endlich den Mut haben, den schönen Satz „Nicht weiter wie bisher!“ ernst zu nehmen. Denn die Wahrheit ist: Weiter wie bisher können wir uns ohnehin nicht mehr leisten. Die gute Nachricht: Wenn wir alle den Gürtel ein bisschen enger schnallen, für zwei, drei Jahre – dann können wir auch wieder zurückkommen auf jenen Erfolgskurs, auf den wir als „das bessere Deutschland“ so lange so stolz waren.


Christian C. Pochtler,
Präsident der IV-Wien

Sportliches Sommerprogramm der JI-Wien

Traditionelles Padeltennis- und Golfturnier für den Teamgeist.

Nach einem intensiven inhaltlichen Jahresprogramm nutzte die JI-Wien den Sommer, um den Teamgeist und das Netzwerk innerhalb der Landesgruppe durch ein sportliches Programm zu stärken – dabei werden traditionellerweise immer die Schläger geschwungen. Zuerst wurde die interne Teamfähigkeit beim JI-Padeltennisturnier in Hütteldorf auf die Probe gestellt. Mit wechselnden Partnern wurden 15-minütige Matches gespielt. Dabei trotzten die Teilnehmer nicht nur starken Gegnern, sondern auch dem regnerischen Wetter.

Im August folgte dann das JI-Wien-Golfturnier im Colony Club Himberg. Beim Texas Scramble konnten die erfahrenen Golfer ihre Fähigkeiten auf dem Platz unter Beweis stellen, während für die Golf-Anfänger die Möglichkeit bestand, Schnupperstunden auf der Driving Range zu absolvieren.

Abgerundet wurden die beiden Events mit Snacks und Getränken, um auch das Netzwerken und den Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Wir freuen uns bereits auf die Turniere nächstes Jahr!



Mit Bildung, Zuversicht und Mut in die Zukunft

Im Interview mit „iv-positionen“ führt der neue Geschäftsführer des Wiener Arbeitnehmer*innen Förderungsfonds (waff), Marko Miloradović, aus, warum er trotz vieler Herausforderungen relativ optimistisch in die Zukunft blickt.

Sehr geehrter Herr Miloradović, Sie haben im April dieses Jahres die Geschäftsführung des waff übernommen, der waff hat zudem im Juni sein 30-jähriges Bestehen gefeiert. Wohin soll die Reise in den nächsten Jahren gehen?
Die Gründung des waff war vor 30 Jahren die Antwort auf den laufenden Strukturwandel am Standort Wien. Heute befinden wir uns mit der Ausbreitung der künstlichen Intelligenz mitten in einer der größten Veränderungen von Wirtschaft und Gesellschaft. Zugleich gibt es demografische Veränderungen – Stichwort Pensionsantritt der Babyboomer – und in einigen Bereichen einen Fachkräftebedarf. Diese Entwicklungen wirken sich in unterschiedlicher Weise auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Wirtschaft, Kapital und Arbeit aus. Sie bergen Chancen und Risiken, und der waff wird die Wiener dabei in ihrem beruflichen Weiterkommen so unterstützen, dass sie die Chancen der großen Bewegungen der Gegenwart und Zukunft ergreifen können; und auch die Instrumentarien bereitstellen, um die Wiener für Mangelberufe zu begeistern. Dazu gehören die Fortführung und Optimierung bestehender Angebote genauso wie die Entwicklung neuer Angebote, wie aktuell die Joboffensive für Jugendliche mit Zuschüssen zu Lohnkosten oder die erste Frauenstiftung in Österreich.

Hauptaufgabe des waff ist es, Wienerinnen und Wiener dabei zu unterstützen, fit für den modernen Arbeitsmarkt zu sein – was konkret heißt das und welche Programme des waff sind hier am erfolgreichsten?
Im Laufe des Arbeitslebens ändern sich die Anforderungen im Job und oft auch die eigenen beruflichen Interessen. Am Ende will oder muss ich mich beruflich weiterentwickeln – etwa mit einer beruflichen Aus- und Weiterbildung –, damit ich die Arbeit ausüben kann, die zu mir passt; und damit ich den beruflichen Anforderungen gewachsen bin.

In diesen Situationen unterstützt der waff die Wiener bei Veränderungsprozessen mit Information, kostenloser Beratung und Geld. Wir wollen unsere Kunden informieren und mit fundierter Beratung in die Lage versetzen, für sie die beste Aus- und Weiterbildungsentscheidung zu treffen. Und damit Aus- und Weiterbildung leichter leistbar wird, gibt es vom waff auch Förderungen.

Darüber hinaus bietet der waff gemeinsam mit dem AMS Wien ein echtes Premiumpaket für Ein- und Umsteiger an: eine kostenlose Ausbildung und eine fixe Jobzusage – dauert die Ausbildung länger als zwölf Monate, gibt es neben der AMS-Leistung auch noch das Wiener Ausbildungsgeld dazu; gemeinsam mindestens rund 1.500 Euro monatlich über die gesamte Ausbildungsdauer. Hier arbeiten wir mit Unternehmen zusammen, die konkrete Fachkräfte benötigen. Der waff übernimmt das Bewerbermarketing und die Vorauswahl der Bewerber; in der Ausbildung werden dann Praktika schon im Kooperationsunternehmen absolviert. Damit erhalten Betriebe nach



erfolgreichem Abschluss sofort einsetzbare neue Mitarbeiter. Alles in allem haben im Vorjahr über 42.000 Wienerinnen und Wiener die Angebote des waff angenommen.

Derzeit sind die Veränderungen im Arbeitsumfeld rasanter denn je, Stichworte Digitalisierung und KI – ist es überhaupt möglich, heute schon zu sagen, welche Qualifikationen morgen gefragt sein werden? Wie sollen sich die Menschen auf die derzeitigen Umwälzungen vorbereiten?
Es ist aus meiner Sicht klar, dass wir in Zukunft enorme wirtschaftliche Potenziale in den Bereichen Green Jobs – von Energie, Verkehr bis zur Sanierung des Wohnbestands –, IT, Tourismus und in der Gesundheitswirtschaft im weitesten Sinne heben können. Mit der demografischen Kurve an beiden Enden des Altersspektrums ist Wien zudem privilegiert, weil wir keine Arbeitskräfteverknappung erleben werden wie in anderen Regionen des Landes; umso wichtiger werden Pflegeberufe und die Pädagogik.

Mit einer positiven Einstellung zu Veränderungen kann vieles erreicht werden. Offen zu sein und neugierig zu bleiben helfen sicher gut durch das abwechslungsreiche Berufsleben. Aber es ist klar, dass sich im Laufe eines Erwerbslebens der eigene Beruf und das Umfeld verändern werden; das erfordert ein gewisses Maß an Lernbereitschaft und Anpassungsfähigkeit. Vieles, was da kommt, ist noch nicht absehbar. Für uns alle sollte daher gelten: neugierig bleiben, kritisch denken, Akteur sein.

Sie selbst sind in Tirol aufgewachsen, arbeiten aber nun schon seit vielen Jahren in Wien und sind seit Langem auch im politischen Umfeld aktiv. Wo

sehen Sie die größten Stärken der Stadt – und wo die größten Schwächen?
Man möge es mir in meinem Tirol verzeihen, aber Wien ist die schönste Stadt der Welt – und das Besondere im europäischen Vergleich ist, dass in Wien die Infrastruktur mit dem Bevölkerungswachstum mitgewachsen ist, das ist sogar die fundamentale Leistung dieser Stadt. Sie ist seit 1990 um fast 500.000 Einwohner gewachsen, und mit ihr das Verkehrsnetz, die Energiesicherheit, die medizinische Versorgung und auch die Arbeitsplätze. Wer andere europäische Großstädte besser kennt, weiß, dass sie mittlerweile teilweise nicht mehr leistbar sind – und das, ohne das Niveau an öffentlichen Leistungen Wiens zu erreichen. Herausforderungen gibt es natürlich etliche, aber man muss sie annehmen und sich nicht davor schrecken, denn unsere Probleme sind nicht unlösbar.

Eine besondere Herausforderung ist die Erweiterung der Perspektive, denn wir sind zu klein, um zu verzweigen. Wien ist das Zentrum eines wirtschaftlichen Ballungsraums, der Ostregion; Wien ist auch das Zentrum der Life Sciences in Österreich, während man beispielsweise im Tiroler Kundl die letzte in Europa verbliebene Penicillin-Produktion findet. In solchen Netzwerken muss man denken. Hier gibt es Erfahrung und Perspektive.

Stichwort Zuwanderung – Wien ist aus verschiedenen Gründen offenbar sehr attraktiv für zugewanderte Menschen, wodurch auch zu viele asylberechtigte Menschen mit geringer Qualifizierung in die Bundeshauptstadt strömen. Tatsächlich ist die Arbeitslosigkeit in Wien auch besonders hoch. Wie bewerten Sie das – kann Aus- und

Weiterbildung helfen oder stoßen wir an die Grenzen des Machbaren?
Viele anerkannte Flüchtlinge kommen nach Wien, weil sie vor Ort in den Bundesländern weniger Perspektiven vorfinden. Das wird in der Debatte oft unterschätzt. In Wien gibt es oft eine entsprechende Community aus dem Herkunftsland, von der sich Neuankömmlinge Unterstützung erhoffen. Angesichts der Fluchtbewegungen der letzten Jahre aus Afghanistan, Syrien und der Ukraine zeigen sich am Arbeitsmarkt Licht und Schatten: Im Juli 2025 waren in Wien rund 30.000 Personen aus diesen drei Staaten beschäftigt – mit steigender Tendenz. Allerdings waren auch in etwa genauso viele arbeitslos. Das zeigt, wie viel hier noch zu tun ist. Gleichzeitig sind diese Neo-Wiener eine wertvolle Ressource angesichts der Pensionierung der Babyboomer und des Fachkräftebedarfs. Der waff unterstützt in seinem Bereich auf jeden Fall die berufliche Weiterentwicklung der asylberechtigten Wiener auch in die Bereiche Gesundheit, Pflege, Pädagogik, IT und dergleichen.

Wenn Sie drei Top-Prioritäten nennen müssten, damit Wien als Arbeits- und Wirtschaftsstandort auch in Zukunft erfolgreich ist, welche wären es?
Bildung, Zuversicht, Mut. Für Wien ist die Innovationskraft unter anderem in den Stärkefeldern IT und Digitalisierung, Life Sciences und darüber hinaus wichtig. Gleichzeitig ist die Lebensqualität in unserer Stadt auch ein Wirtschaftsfaktor und spielt eine große Rolle im Standortwettbewerb mit anderen Städten. Um diese Ziele zu erreichen, brauchen wir Bildung vom Kindergarten an über die Schullaufbahn und dann weiter im Berufsleben. Und hier wird der waff die Wiener weiterhin als Mutmacher beim Weiterkommen im Beruf unterstützen und begleiten.